



**Geschäftsführung
Runder Tisch für Flüchtlingsfragen**

Frau Arikan

Telefon: (0221) 29725

Fax: (0221)

E-Mail: Neslihan.Arikan@STADT-KOELN.DE

Datum: 24.01.2022

Niederschrift

über die **Runder Tisch für Flüchtlingsfragen** in der Wahlperiode 2020/2025 am Freitag, dem 19.11.2021, 11:00 Uhr bis 14:00 Uhr

Anwesend waren:

Miriam Haseleu	Sprecherin Ev. Kirchenverband Köln und Region
Isabella Venturini	Volt-Fraktion
Cornelia Schmerbach	SPD- Fraktion
Katja Hoyer	FDP- Fraktion
Jörg Detjen	Fraktion Die Linke
Martin Erkelenz	CDU-Fraktion
Wolfgang Uellenberg van Dawen	Runder Tisch für Integration
Dorothee Bodewein	Caritasverband Köln
Martina Soesters	Caritasverband Köln
Monika Kuntze	Caritasverband Köln
Nils Freud	Caritasverband Köln
Ulrich Prölß	Kölner Flüchtlingsrat
Marita Bosbach	DRK
Marianne Arndt	Willkommensinitiativen/AK Politik
Klaus Adrian	Willkommensinitiativen/AK Politik
Annette de Fallois	Diakonisches Werk Köln und Region
Sebastian Kusserow	Jobcenter
Stefan Caffier	Jobcenter
Thomas Zitzmann	Ombudsstelle Köln
Ann-Kathrin Betz	Ombudsstelle Köln
Nathalie Kühn	Synagogen-Gemeinde Köln
Slim Ben	Koordination ehrenamtlicher Geflüchtetenarbeit

Mesut Mutlu	Koordination ehrenamtliche Geflüchtetenarbeit in den Bezirken Porz und Lindenthal
Bernd Nauman	Der Paritätische Köln
Steffen Mielke	Polizeioberrat
Susanne Kremer-Buttkereit	Amt für Integration und Vielfalt
Birgit Werning-Györkö	Amt für Integration und Vielfalt
Bernd Taschenmacher	Amt für Soziales und Senioren
Josef Ludwig	Amt für Wohnungswesen
Margarete July	Amt für Wohnungswesen
Christina Boeck	Ausländeramt
Neslihan Arikan	Schritfführerin

I. Öffentlicher Teil

1 **Tagesordnung und Verabschiedung des Protokolls Protokoll der 81. Sitzung vom 08.10.2021**

Die Niederschrift der 81. Sitzung des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen wird genehmigt.

2 **Situation der Geflüchteten in den städtischen Einrichtungen während der Corona-Pandemie Amt für Wohnungswesen der Stadt Köln, Herr Ludwig**

Herr Ludwig berichtet mit Stichtag 16.11. über die Situation der Geflüchteten während der Corona-Pandemie.

Insgesamt gebe es 64 Indexfälle, verteilt auf 17 Unterkünfte – davon seien 16 Unterkünfte mit abgeschlossenen Wohneinheiten. Ein Indexfall sei aus der Herkulesstraße gemeldet worden. Insgesamt seien 309 Personen in Quarantäne. Im 4. Quartal habe es bislang keinen Erlass der Allgemeinverfügung gegeben.

Herr Adrian möchte wissen, ob im Hinblick auf die zunehmende Beratungsnotwendigkeit zum Thema Impfen eine Aufstockung des Personals möglich ist.

Herr Ludwig informiert, dass eine Aufstockung beim städtischen Personal derzeit nicht umsetzbar sei und bedankt sich für jede Unterstützung aus dem Ehrenamt.

3 **Versorgung von Geflüchteten mit Wohnraum Amt für Wohnungswesen der Stadt Köln, Herr Ludwig**

Herr Adrian bedankt sich für die Aufnahme des TOPs und merkt an, dass die Wohnungssuche in Köln – besonders für Geflüchtete – eine große Herausforderung darstelle. Er möchte wissen, ob evtl. bei der Aachener Siedlungsgesellschaft oder bei der Antoniter Siedlungsgesellschaft mbH (ASG) eine Bereitschaft bestehen könnte, Wohnraum für Geflüchtete zur Verfügung zu stellen und bittet um entsprechend Kontaktaufnahme. Ferner regt Herr Adrian an, jenseits der GAG Immobilien AG bei weiteren Genossenschaften anzufragen.

Frau Haseleu sagt zu, mit der ASG diesbezüglich Kontakt aufzunehmen.

Herr Ludwig stimmt Herrn Adrian zu, dass es eine sehr hohe Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt gebe. Es werde größtenteils in die GAG Immobilien AG im Rahmen des Programms der öffentlichen Wohnförderung für Geflüchtete vermittelt.

Eine 2-jährige Verlängerung des Auszugsmanagements sei bereits auf den Weg gebracht worden.

Herr Uellenberg van Dawen möchte wissen, ob bereits Gespräche mit dem AK Wohnungsbaugenossenschaften geführt wurden?

Herr Ludwig informiert, dass bereits Gespräche sowohl mit dem AK Wohnungsbaugenossenschaften als auch mit dem AK der Kölner Wohnungsbaununternehmen stattgefunden haben. Mit einigen Genossenschaften sei eine Zusammenarbeit denkbar.

Herr Prölß merkt an, dass sehr viele Gespräche im Rahmen des Auszugsmanagements stattgefunden haben. Es werde derzeit geschaut, wie dieses Konzept strategisch weiterentwickelt werden könne. Dazu werde es zeitnah ein größeres Treffen mit allen Akteur*innen des Auszugsmanagements geben. Frau Arndt regt an, Wohnungsbaugesellschaften immer wieder mit dem Thema zu konfrontieren. Sie möchte wissen, ob das Auszugsmanagement tatsächlich nur Unterkünfte für Familien bis maximal fünf Mitgliedern vermittelt.

Herr Ludwig beschreibt, dass es auf dem Wohnungsmarkt kaum passende Angebote für große Familien gebe. Angebot und Nachfrage seien sehr weit auseinander, so dass nur sehr wenige Fälle bedient werden können.

Auf weitere Nachfrage von Frau Arndt informiert Herr Ludwig, dass es keine Vereinbarung mit der GAG gibt, Vermietungen ausschließlich über das Auszugsmanagement durchzuführen. Wenn die Voraussetzungen erfüllt seien, sei es der GAG möglich, auch ohne das Auszugsmanagement Verträge mit dem Personenkreis abzuschließen.

Herr Adrian bittet, bei den Gesprächen zur konzeptionellen Entwicklung des Auszugsmanagements den AK-Politik miteinzubinden.

4 **34. Bericht zur Situation Geflüchteter** **Amt für Wohnungswesen der Stadt Köln, Herr Ludwig** **3833/2021**

Herr Ludwig führt aus, dass die Stadt Köln nach der Flutkatastrophe 80 Geflüchtete aus Erfstadt aufgenommen habe, davon seien 31 Geflüchtete noch in Köln. Es habe einen vermehrten Zuzug aus Albanien gegeben und im Oktober seien in Absprache mit der Deutschen Welle über 100 afghanische Ortskräfte mit ihren Familien aufgenommen worden.

Bundesweit sei eine erhöhte Zuwanderung von Geflüchteten zu verzeichnen.

Zum Personenkreis der aus Albanien eingereisten Menschen informiert Herr Ludwig, dass größtenteils die Absicht bekundet werde, einen Asylantrag zu stellen, aber die damit verbundene Weiterreise in eine Landesaufnahmeeinrichtung verweigert werde. Bei etlichen Personen greife aufgrund der Einreise aus einem sicheren europäischen Staat grundsätzlich das Dublin-III-Verfahren. Bis zur Klärung der aufenthaltsrechtlichen Fragen erfolge eine Unterbringung durch die Stadt Köln.

Herr Detjen bittet um Prüfung, ob der Einsatz von zusätzlichen personellen Ressourcen bei der Unterstützung von afghanischen Ortskräften möglich sei, da öfter Probleme bei der Beantragung von Sozialleistungen, Krankenversicherungen etc. gemeldet würden.

Herr Ludwig sagt zu, diese Frage mitzunehmen.

Frau Arndt merkt an, dass die Frauen der afghanischen Ortskräfte ebenfalls in Blick genommen werden müssten.

Frau Venturini informiert, dass sich die Mitarbeitenden der Deutschen Welle organisiert haben und ein großer Pool an Patinnen und Paten bestehe, der finanzielle und materielle Unterstützung leiste.

Herr Prölß merkt an, dass es kein Zustand sei, dass dieser Personenkreis ausschließlich aus Spendenmitteln versorgt werde und möchte vom Jobcenter wissen, wie der Anspruch auf finanzielle Unterstützung unverzüglich gewährleistet werden könne.

Herr Kusserow informiert, dass diesbezüglich Gespräche mit verschiedenen Ämtern geführt würden, um einen Krankenversicherungsschutz schnellstmöglich sicherzustellen.

Frau Kremer-Buttkereit erläutert, dass es sich hierbei um eine Sonderkonstellation handle und kündigt ein kurzfristiges Gespräch mit Herrn Ludwig, Herrn Taschenmacher sowie Herrn Kusserow an, um das Thema des Krankenschutzes nochmal zu erörtern. Es seien u. a. auch schwangere Frauen dabei, die dringend medizinische Unterstützung benötigten und nicht wochenlang warten könnten.

Frau Haseleu bedankt sich für den Vorschlag und bittet um einen Bericht in der nächsten Sitzung.

Frau Bosbach plädiert für eine Vereinfachung der bürokratischen Wege. Eine Personal-aufstockung sei in solchen Fällen nötig, da die Menge der Bürokratie über den `normalen´ Personalschlüssel nicht zu bewältigen sei.

Auf Nachfrage von Herrn Adrian informiert Herr Ludwig, dass das Thema Internetversorgung im 35. Bericht über die Situation der Geflüchteten detailliert erfasst werde.

5 Bericht zur Impfsituation in den Gemeinschaftsunterkünften / Im Veedel gegen Corona Amt für Wohnungswesen der Stadt Köln, Herr Ludwig

Zum Impfgeschehen berichtet Herr Ludwig, dass es am 04.10. in der Herkulesstrasse eine Impfkation mit insg. 89 Impfungen gegeben habe. Diese Impfkation sei am 10.11. mit 77 weiteren Impfungen wiederholt worden. Zwei weitere

Impfaktionen würden am Pariser Platz in Chorweiler und im Schlagbaumsweg folgen.

Auf Nachfrage von Frau Kunze informiert Frau Kremer-Buttkereit über den Arbeitskreis zur Erhöhung der Impfbereitschaft, der aus dem Krisenstab heraus gebildet worden sei. Es habe bereits im Oktober ein breit angelegtes Treffen mit Vertreter*innen der Religionsgemeinschaften, Träger, Ehrenamt und Verwaltung gegeben. Zur Entwicklung bedarfsgerechter Angebote gebe es bereits fortgeschrittene Ideen, wie z.B. die Einrichtung eines Sharepoints für Multiplikator*innen zum intensiveren Austausch über eine Deckung der unterschiedlichen Bedarfe. Mehrsprachige Videokonferenzen zur Klärung von Fragen in der Herkunftssprache sollen ebenfalls stattfinden.

Herr Prölß informiert, dass der Flüchtlingsrat selbst zwei Impfaktionen zusammen mit der Feuerwehr auf dem Gelände Turmstraße 2-4 in Nippes initiiert habe. Insgesamt seien über 300 Personen geimpft worden. Für die Erhöhung der Bereitschaft einer Impfung sei es von großer Bedeutung, die Menschen im Vorfeld zu informieren.

Frau Kemer-Buttkereit teilt mit, dass die Malteser Migranten Medizin mit ihrem Impfangebot besonders den schwer erreichbaren Personenkreis der Menschen ohne Papiere erreiche. Auch entsprechende Booster-Impfungen hätten bereits begonnen.

Herr Adrian merkt an, dass Interessent*innen zur Teilnahme am o. g. Arbeitskreis zur Erhöhung der Impfbereitschaft sich bei Frau Ortelbach melden können.

6 2. Quartalsbericht 2021 der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln 3218/2021

Herr Zitzmann informiert, dass die Stelle Ombudsfrau (50% Stelle) am 01.11.21 mit Ann-Katrin Betz besetzt worden sei.

Pandemiebedingte Auswirkungen seien weiterhin ein wichtiges Thema in den Beschwerdeverfahren. Größtenteils ginge es um die Schutzmaßnahmen und das Infektionsrisiko in den Unterkünften.

Aufgrund der Beschwerden habe sich die Ombudsstelle wiederholt mit Fragen beschäftigt, welche Maßnahmen zur Begrenzung psychosozialer Folgen von Quarantäneanordnungen vorhanden seien. Auskünfte über das geplante Vorgehen des Gesundheitsamtes seien hier aufschlussreich gewesen. In Einzelfällen sei allerdings festgestellt worden, dass zusätzlich zu der Allgemeinverfügung, die Erstellung einer personalisierten Ordnungsverfügung für Personen, die Probleme mit dem Arbeitgeber meldeten, versäumt wurde. Diese Anregung werde jetzt vom Gesundheitsamt berücksichtigt.

Kritisch habe die Ombudsstelle bewertet, dass das eingesetzte Personal zu unterschiedlichen Zeitpunkten Zugang zu Impfangeboten erhalten habe. Auch den späten Zugang zu Impfangeboten für Geflüchtete in Aufnahmeeinrichtungen empfand die Ombudsstelle als relativ kritisch.

Intensiv beschäftigt habe sich die Ombudsstelle mit einzelnen Fällen zu sexualisierter Gewalt und Kinderschutz. Aus Sicht der Ombudsstelle habe es Unklarheiten bezüglich des Vorgehens der Fachkräfte der Sozialen Arbeit des Amtes für Wohnungswesen und des Betreuungsträgers hinsichtlich eines strukturierten Ver-

fahrens gegeben. Es solle geschaut werden, wo Optimierungsbedarfe in der Gewaltprävention und in dem Gewaltschutzkonzept liegen.

Die Ombudsstelle habe für den Jahresbericht eine Reihe von Empfehlungen abgegeben.

Herr Zitzmann regt an, wichtige Themen, wie Corona-Schutzmaßnahmen, Kindeswohlgefährdung, Gewaltschutz und Zahlungsvollstreckungen nochmal gemeinsam in zu erörtern.

Der Bericht ist ebenso unter folgendem Link abrufbar

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=839532&type=do>

7 Wesentliche Mitteilungen der Verwaltung an die Fachausschüsse

- 7.1 Ergebnisbericht und Dokumentation des Programms Mentegra: Betriebliches Mentoring für qualifizierte geflüchtete Frauen zur beruflichen Integration 3634/2021
- 7.2 Beantwortung einer Anfrage der SPD Fraktion zu "Familiennachzug zu afghanischen Geflüchteten in Köln" (AN/2011/2021) 3399/2021
- 7.3 Verlängerung Auszugsmanagement 2022/2023 3308/2021
- 7.4 Beschaffungen von Erstausrüstungen und Ersatzbeschaffungen von Hausrat bei Geflüchteten in den Unterbringungseinrichtungen des Amtes für Wohnungswesen 3821/2021
- 7.5 KOMM-AN NRW – Landesförderprogramm zur Stärkung und Begleitung des ehrenamtlichen Engagements in der Arbeit mit Geflüchteten und Neuzugewanderten – Sachstandsbericht 2021 3801/2021
- 7.6 Mitteilung zur Aufteilung des Integrationsbudgets (folgt)

Die Mitteilungen werden von den Mitgliedern des Runden Tisches zur Kenntnis genommen.

8 Verschiedenes

Herr Adrian merkt an, dass die Situation der schwierigen Erreichbarkeit im Ausländeramt nach wie vor nicht haltbar sei. Es müsse eine Terminvergabe vor Ort geben. Die Hotline sei dürrig besetzt. Ähnlich wie beim Jobcenter, solle ein zentrales Reaktionsmanagement eingerichtet werden. Im Hinblick auf die Pandemie-

lage, plädiere er für eine automatische Verlängerung von Fiktionsbescheinigungen.

Frau Boeck informiert, dass der Integrationsrat regelmäßig einen Quartalsbericht zu den aktuellen Entwicklungen im Ausländeramt erhalte.

(Der Quartalsbericht aus der Sitzung des Integrationsrates vom 16.11. ist dem Protokoll beigelegt.)

Zu den Fiktionsbescheinigungen informiert Frau Boeck, dass die Zusendung per Post erfolgen werde, solange die Pandemielage anhalte.

Frau Arndt merkt an, dass vermehrt auf schriftliche Anträge und Digitalisierung umgestellt würde. Aufgrund fehlender Zugänge und sprachlicher Voraussetzungen stelle dieses Verfahren ein Problem dar. Vor Ort gebe es zudem keine Anonymität, wenn Gespräche zu Duldungen vor der Tür abgewickelt würden.

Frau Boeck führt aus, dass der Prozess der Einführung alternativlos sei. Es werde aber nach Optimierung gesucht, um Informationen weiterhin für alle zugänglich zu machen. Die Schwierigkeiten zum Thema Sprache könne durch eine Verknüpfung mit Übersetzungsprogrammen behoben werden.

Zu den Gesprächen vor Ort, informiert Frau Boeck, dass die Menschen keineswegs draußen warten müssten, da Wartebereiche im Amt vorhanden seien. Aufgrund der Pandemiesituation würden aber Aufenthalte im Außenbereich bevorzugt.

Herr Prölß erinnert, dass Frau Willms in der Integrationsratssitzung angekündigt habe, zu einem Treffen bzgl. der Digitalisierung einladen zu wollen und bittet dies nachzuholen.

Frau Boeck sagt zu, dass sie den Auftrag von Frau Willms bekommen habe und zeitnah dazu einladen werde.